

## Referendum zur Änderung vom 18. Juni 2021 des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben (StG)

Nach mehr als zehn Jahren Verhandlungen und Diskussionen hat das Parlament in der Sommersession 2021 entschieden, einen Teil der Stempelabgaben abzuschaffen. In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital mit 120 zu 70 Stimmen bei fünf Enthaltungen an, der Ständerat mit 29 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Politik will damit die Unternehmen gezielt unterstützen und so den Standort Schweiz stärken.

Dagegen haben die SP, die Grünen und Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Nun soll das Schweizer Stimmvolk über die Vorlage entscheiden.

### Um was geht es?

In der Schweiz fallen grundsätzlich Steuern auf die Emission und den Handel mit Wertpapieren an. Diese Steuer, die sogenannte Stempelsteuer, wurde bereits in der Zeit der Helvetik nach französischem Vorbild erhoben.

Im Jahr 2009 wurde durch die FDP Die Liberalen-Fraktion eine parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Stempelsteuer eingereicht. Die Initiative wurde in der Folge mehrfach verschoben und inhaltlich aufgeteilt.

Vorliegend stimmen wir nun darüber ab, ob die Emissionssteuer auf Eigenkapital abgeschafft wird. Diese Steuer wird heute erhoben, wenn ein Unternehmen für die Gründung, für die Finanzierung von Investitionen, oder zur Deckung eines Finanzlochs zusätzliches Eigenkapital aufnimmt. Die Emissionsabgabe beträgt ein Prozent dieses zusätzlichen Kapitals.

### Beispiel:

Die Müller AG erhöht ihr Aktienkapital von 2'500'000 auf 3'000'000 Franken. Sie muss somit 5'000 Franken Emissionsabgabe bezahlen (1 % von 500'000).

### Argumente der Gegner einer Abschaffung der Emissionsabgabe

- Die Abschaffung der Emissionssteuer begünstige grösstenteils internationale Grosskonzerne, Banken und Versicherungen.
- Da auf Finanztransaktionen keine Mehrwertsteuer erhoben werde, führt eine Abschaffung der Emissionsabgabe zu einer enormen steuerlichen Privilegierung des Finanzplatzes. Die Emissionsabgabe sei als Ausgleich zum Mehrwertsteuerprivileg zu verstehen.
- Die entstandene Finanzierungslücke, welche sich beim Wegfallen der Emissionsabgabe auf durchschnittlich 250 Millionen Franken belaufe, müsse das gemeine Volk füllen. Zusätzlich komme die momentan grassierende COVID-19-Pandemie, die – weil der Bundesrat Umsatzeinbussen und Härtehilfen auszahlen muss – noch zu einer Mehrbelastung des Finanzhaushaltes führe.
- Dieses Geld sei jedoch essentiell für die Finanzierung von notwendigen Klimaprojekten, von Schulen, des ÖVs und anderen wichtigen Dienstleistungen.

### Argumente der Befürworter einer Abschaffung der Emissionsabgabe

- Die Emissionsabgabe wird von der gesamten Wirtschaft und massgeblich von KMU getragen. Pro Jahr seien etwas über 2000 Unternehmen von der Emissionsabgabe auf Eigenkapital betroffen, davon ein überwiegender Teil KMU. Ebenfalls eine hohe Betroffenheit weisen innovative Start-ups aus, welche für ihr Wachstum auf Eigenmittel angewiesen sind.

- Die aktuell geltende Emissionsabgabe verhindere somit Wirtschaftswachstum in der Schweiz und dadurch auch das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen.
- Die Schweiz sei zudem eines der wenigen Länder, das eine Emissionsabgabe kenne.
- Anders als das Referendumskomitee erachten die Befürworter die Abschaffung während einer Rezession als opportun, da Unternehmen in dieser Phase wirtschaftlicher Kontraktion mehr Eigenkapital (z. B. Aktien) aufnehmen müssen, um überleben zu können.
- Zudem berücksichtige die Emissionsabgabe weder die Rentabilität des Unternehmens noch die ökonomische Leistungsfähigkeit, was zu Ungerechtigkeiten führe.

### **Beurteilung und Antrag des Vorstands der LDP**

- Ein Ja zur Emissionsabgabe schafft gleich lange Spiesse für die Wirtschaft, denn keiner der Konkurrenzstandorte hat vergleichbare Steuern. Eine Abschaffung ist daher nötig, um die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern.
- Grundsätzlich soll der Aufbau von Eigenkapital nicht länger bestraft werden. Dies verteuert Investitionen, die notwendig und wünschenswert sind.
- Pro Jahr sind gegen 2000 Unternehmen von der Emissionsabgabe auf Eigenkapital betroffen. Dabei bilden KMU die Mehrheit.
- Ebenfalls stark negativ betroffen sind wachsende Start-ups, die in Innovation investieren wollen. Die aktuell geltende Emissionsabgabe verhindert also Wirtschaftswachstum in der Schweiz und dadurch auch das Entstehen neuer Arbeitsplätze.
- Die Abschaffung dieser Steuer stärkt direkt die Wirtschaft und damit auch den Finanzplatz; sie schafft langfristig Arbeitsplätze, sichert so Wohlstand und steigert Steuereinnahmen.

Auf Grund dieser Fakten empfiehlt der Parteivorstand der Parteiversammlung **einstimmig die Annahme** Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

Michael Hug (Grossrat, arbeitet bei der Schweizerischen Bankiervereinigung)

03. Januar 2021